

# Thema Rassismus kommt nicht vor

## ZIVILGESELLSCHAFT ASTI kritisiert Koalitionsabkommen

Die Organisation ASTI, die sich für die Rechte von ausländischen Bürgern einsetzt, übt Kritik am Koalitionsabkommen.

In einem Schreiben bemängelt die ASTI das Koalitionsabkommen von DP, Grünen und LSAP. Die Organisation, die sich für die Rechte von Einwanderern einsetzt, freut sich zwar, dass einige ihrer Positionen Einzug ins Abkommen gehalten haben, jedoch sei das Thema Integration nur am Rande behandelt worden. Ideen für die Verbesserung des Zusammenlebens zwischen Luxemburgern und Nicht-Luxemburgern sowie für die Beteiligung Letzterer an Entscheidungsprozessen glänzten durch Abwesenheit.

### Bestehendes Demokratiedefizit

Auch wenn das Abkommen bereits im Vorwort ein Demokratiedefizit in Luxemburg anerkenne, so sehe es jedoch nichts Konkretes vor. So soll zwar laut Abkommen das Wahlgesetz überarbeitet und Mittel untersucht werden, um die Beteiligung ausländischer

Bürger zu verbessern. Dies sei allerdings zu wenig. Die ASTI vertritt die Position, ausländische Bürger sollten zu den gleichen Bedingungen an den Lokalwahlen teilnehmen können wie Luxemburger, also ohne sich hierfür eigens in die Wahllisten eintragen zu müssen.

Die ASTI wirft den Regierungsparteien zudem vor, mit Schweigen auf die Frage nach der demokratischen Beteiligung der nicht-luxemburgischen Bürger zu reagieren. „Paradoxerweise könnte sich diese Regierung, die sich als Reformier sieht, als weniger ambitioniert herausstellen als die letzte konservative Regierung, die 2011 für Bürger aus Drittstaaten die Möglichkeit geschaffen hat, Bürgermeister oder Schöffe zu werden.“ Und weiter: „La tête de liste du CSV aux législatives semble mieux avoir saisi l'enjeu, en affirmant lors d'une réunion récente que 'Si les étrangers auraient été le dimanche aux urnes, nous aurions gagné!'“

Auch über Rassismus, Fremdenhass und Diskriminierung werde sich im Abkommen ausgesprochen, so die ASTI. Tatsächlich widmet das Koalitionsabkommen dem Thema Integration eine Seite. Dort heißt es, der Kampf gegen die Diskriminie-

rung stelle ein Schlüsselement für das Zusammenleben aller Bürger in Luxemburg dar. Der ASTI reicht diese Aussage allerdings nicht aus. Die Organisation setzt sich für die Schaffung einer „Beobachtungsstelle für rassistische, xenophobe und antisemitische Phänomene“ ein. „Une seule page (!) consacrée à l'intégration sur les 235 pages de l'accord donne à penser que le coeur n'y est pas ou alors qu'on n'a pas d'idées“, moniert die ASTI.

### Wirtschaftliche Interessen

Was „Immigration und Asyl“ angeht, sei das Abkommen „eher positiv“, so die Organisation. Zudem begrüßt sie die verbesserten Möglichkeiten für Familienzusammenführungen. Mit der neuen Regierungsperiode veränderten sich die Zuständigkeiten in den Ministerien, was Integration und Asyl betrifft. Man wolle diesen Prozess genau im Auge behalten, schreibt die ASTI weiter – die in der Sache tätigen Vereine jedenfalls hätten nicht nach einer solchen Veränderung gebeten.